

Bildung ist keine Ware

Der Studierendenrat der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg spricht sich entschieden gegen die Verlegung der Zuständigkeit für Hochschulangelegenheiten und Wissenschaft vom Kultusministerium in das Wirtschaftsministerium aus.

Bildung ist ein zentrales Kulturgut und kein reiner Wirtschaftsfaktor. Findet die besagte Verlegung statt, führt dies unweigerlich zu einer Begünstigung wirtschaftsorientierter Studiengänge und einer Vernachlässigung der für die soziokulturelle und gesellschaftspolitische Entwicklung unentbehrlichen Humanwissenschaften.

Ist der Sinn dieser Maßnahme etwa, eine weitere Kürzung der Regelstudienzeiten zu bewirken und somit den Studierenden die Möglichkeit zu nehmen, sich ganzheitlich zu entwickeln, sich ehrenamtlich zu engagieren und somit über ihr Fachwissen hinaus zu einem gesellschaftlichen Mehrwert beitragen zu können? Oder sollen Forschung und Lehre abhängig vom wirtschaftlichen Profitstreben einzelner Akteure gemacht werden, was zu einer noch einseitigeren Förderung von bestimmten Studiengängen führt?

Die Forderung nach weiterer Kürzung der Studienzeit scheint dem generellen kurzfristigen Denken aus wirtschaftlichen Erwägungen immer näher zu kommen und somit dem Prinzip von Lehre und Bildung, als ein langfristiges und nachhaltiges Entwicklungsmodell, zu widersprechen.

Politik darf nicht abhängig von Personen betrieben werden, sondern muss sich nach den fachlichen Zuständigkeiten richten. Solche politischen Taschenspielertricks sind für eine Regierungskoalition, die Verantwortung für die Zukunft übernehmen will, nicht tragbar.

Jegliche Erklärung scheint unplausibel und undurchsichtig. Die Entscheidung für eine solche Verlegung ist intransparent und die Folgen unausweichlich. Die Richtung, die die Politik damit einschlägt, ist auf jeden Fall weit weg von dem was Bildung darstellt.

„Jeder hat ein Recht auf Bildung. [...] Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit [...] gerichtet sein“ (Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).

Wissenschaft und Bildung benötigen für die Entfaltung Unabhängigkeit von Effizienzdenken und stringenter wirtschaftlicher Gewinnmaximierung. Nur wenn Bildung als Selbstzweck erhalten bleibt, kann gewährleistet werden, dass neben der fachlichen Kompetenz auch ein Mehrwert für die Gesellschaft entsteht. „Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste unerlässliche Bedingung“ (Wilhelm von Humboldt)

Der Studierendenrat der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg